

Bezugsgebühr:

Generaldruck 2 Mk. so 10 Pf.: durch
die Post 2 Mk. 75 Pf.

Die "Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich zweimal; die Beilage in
Trocken und herzhafte Frischung,
wo die Brotzeit durch eigene Boten
oder Sonderboten erfolgt, erhalten
das Blatt an Wochenenden, die
nicht auf Samm. oder Feiertagen folgen,
zu einer Durchsage von Dienst und
Wochenende angezeigt.

Der Abdruck eingeliebter Schriften
findet keine Verbindlichkeit.

Berndreisendruck:

Mit 1 Mr. 11 u. Mr. 2000.

Telegramm-Adresse:

Dresden Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

gegründet 1856

Lobeck & Co.

Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.

Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Glaswaaren

Jeder Art aus den bedeutendsten Glasfabriken des In- und Auslands, empfohlen in reichhaltiger Auswahl
Willh. Rihl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle A. I. 6031.

Carl Wendschuch's Telefon-Gesprächszähler. Gebr.-Muster No. 133,683. Preis 1½ Mark pro Stück.

Wo nicht in den besseren Schreib- u. Papierwaarenengeschäften erhältlich, wende man sich direkt an den Verleger
Buchdruckerei Julius Huch, Dresden, Kaulbachstr. 24.

Nr. 144. Spiegel: Nachlänge von der Obstruktion. Volksheilthäfen für Lungenkrank im Königreich Sachsen. | Muthmobil. Witterung: | Sonntag, 27. Mai 1900.

für den Monat Juni

werden Bestellungen auf die "Dresdner Nachrichten" für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle Marienstr. 38 und bei unseren Neben-Annahmestellen zu 90 Pfennigen, für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in Österreich-Ungarn bei den k. k. Postämtern zu 1 Krone 8 Heller angenommen.

Geschäftsstelle der "Dresdner Nachrichten".

Nachlänge von der Obstruktion.

Das Centrum ist in Folge der nothgedrungenen Nachgiebigkeit gegen die Obstruktion, die es bei der lex Heinze zur Schau trugen mügte, schwer verürgt, und hat seiner allgemeinen Geltung durch eine parteiöföhlige Kundgebung in der "Kölner Volkszeitung" Lust gemacht. Der Ausbruch des ultramontanen Unwillens gewährt bemerkenswerte Einblicke in die Art, wie sich in den Köpfen der Heerführer der "regierenden" Partei die politische Welt malt, so daß er schon um des bloßen psychologischen Interesses willen Beachtung verdient, wenn auch seinen politischen Wirkungen keine allzu große Tragweite beizumessen wäre. Seinem Inhalt nach bedeutet der Artikel des thielischen ultramontanen Blattes eine Kriegserklärung gegen den Liberalismus. Das könnte im ersten Augenblick um deswegen überwundene erscheinen, weil man noch den landläufigen Begriffen eigentlich denken sollte. Ultramontanismus und Liberalismus ständen so wie so seit Alters her wie Knochen und Haut zu einander und brauchten sich daher nicht erst gegenseitig feindlich zu versichern, daß sie hinnehmend feindlich gegen die Obstruktion sind. Insofern diese alte Einigkeit zwischen Ultramontanen und Liberalen gilt nur für normale Zeitenstände. Die Gegenwart darf sich dagegen rühmen, daß in ihr so ziemlich alles auf dem Kopf gestellt ist, und so ist es denn auch möglich geworden, daß zwei von Natur so scharf gescheideten Wesen wie der Ultramontanismus und der Liberalismus sich Liebe und Freundschaft antragen und eine Art von politischer Versicherung auf Gegenseitigkeit abschließen könnten.

Das ist nicht etwa Ironie, sondern bitterer Ernst. Wer es nicht glauben will, möge nur ein Weniges in der Chronik der allerjüngsten Vergangenheit blättern, bis er im Jahre 1898 auf einen Artikel der "Kölner Volkszeitung" stößt, der mit dünnen Worten ein politisch-wirthschaftliches Vändeln zwischen den beiden gegenwärtigen Faktoren empfiehlt. Man brache nur die Gewinner der Vergangenheit ruhen zu lassen, nur den Niederschlag veralteter und eingewurzelter Denkgewohnheiten im Elme eintrocknen zu lassen und — schwupp! — sei der neue Zwecktuung fertig, dessen Spur sich gegen die "Junker" richten sollte. Eine Regierungspolitik, die es darauf anlege, sich die Zustimmung sowohl des vom Geist der "Kölner Volkszeitung" erfüllten Nationalliberalen als des vom Lieberischen Geiste beeinflussten Centrums zu verschaffen, könnte keine schlechte Politik sein und werde festen Boden unter den Füßen haben". Aus dem ultramontanen Walde schallten dann ebenso ionische Blätterne wieder heraus und seitdem haben sich die beiden an sich so grundverschiedenen Richtungen, der kirchlich-mittelalterliche Ultramontanismus und der cunctisch-modernen Börsencapitalismus, sowohl er sich mit dem nationalliberalen Wandelchen drapiert, in der That ganz gut miteinander vertragen, wenigstens äußerlich.

Auf dieses eigenartige politische Idyll ist nunmehr der Rest eines schweren Beobachtungsspiels gefallen in Gestalt der grammatischen Ablage der "Kölner Volkszeitung". Der Artikel führt den "Liberalen", die hier in Frage kommen, — der willkürlich gemäßigte Liberalismus, der auf dem Boden des Schuhes der nationalen Arbeit steht, hat mit solchen Märchen nichts zu thun — zunächst zu Gemüthe, daß die "Bitte um Macht", die in der letzten Zeit wiederholzt im läglichen Wimmelton von Blättern à la "Kölner Volkszeitung" und "Berl. Tagebl." zum Thron des Kaiserreichs gerichtet worden sei, nur auf Erfüllung hoffen dürfe unter der wohlwollenden Auffassung des katholischen Volksstamms, dem 19 Millionen Reichsbewohner angehören. Hieraus ergibt eine leise Aufführung am die chemische ultramontan-liberalen "Freundschaft", die auf die Wohlgefälligkeit der bündlerischen Agitationswelle zurückgeführt wird: "Wir sehen mit Beifriedigung, daß manche Liberalen in religiösen Dingen duldsamer zu denken begonnen haben und die alten Kulturstampfgefüße über Bord werfen. Man fragt sich in untern Kreisen, ob wenn die bündlerischen Politiker nicht aufstehen wollten, einen Stund gegen den anderen aufzuwiegeln und die Bevölkerung in den Strudel einer von allen Idealen abwendenden Interessenpolitik zu stützen, eine liberale Aera vielleicht als ein kleineres Uebel erscheinen möchte." Von dieser Auffassung müste man jedoch zurückkommen, heißt es dann weiter, und zwar wegen der rücksichtslosen Art, wie der Liberalismus mit Hilfe der Obstruktion seine Welt- und Lebensanschauung als die allein berechtigt zur Gelung

bringen wolle. Das politische Faust aus alledem zieht der Artikel der "Kölner Volkszeitung" in der Befürwortung einer Wiederannäherung zwischen Centrum und Konserватiven: "Wir haben an den Konservativen gewiß vielerlei auszusehen, aber mit ihnen läßt sich doch immer noch besser leben. Unter dem Eindruck dieser Erfahrungen sind Centrum und Konservativen sich in der letzten Zeit näher gerückt als lange Jahre zuvor; denn es liegt in der Natur des Sachen, daß eine Verschärfung des Gegensatzes zwischen dem Centrum und den Liberalen von selbst eine Verstärkung des Verhältnisses zu den Konservativen im Gefolge hat."

Die Ausführungen der "Kölner Volkszeitung" sind nicht nur bezeichnend für die üble Stimmung, die augenblicklich im Centrums Lager vorherrscht, sondern sie werben auch ein Schlaglicht auf das hochgradig geistige Machtgefühl dieser Partei, die mit den übrigen parteipolitischen Gebilden ganz nach eigener Willkür schalten zu können glaubt. Da der Liberalismus die gebeugten Erwartungen begnügt, der Vorstellung ultramontaner Machtzwecke nicht erfüllt hat, so wird er in den seurigen Oren geworfen und an seiner Stelle der Konservatismus in Gnaden aufgenommen! Die Herren des Centrums werden hoffentlich von konservativer Seite ohne Bezug darüber belehrt werden, daß die konserватive Partei nicht dazu ist, um nach der Weise des Centrums zu tanzen und diesem als Werkzeug zur Erreichung seiner rücksichtslosen Ziele zu dienen. Immerhin läßt sich aus dem Stimmungsumschlag in Centrums-Kreisen, wie er sich als Folge der Obstruktion herausgebildet hat, vielleicht ein politisch brauchbarer Boden für solle ultramontane Machtbestrebungen und rein wirtschaftspolitische Gesichtspunkte schaffen von einander getrennt werden. Unter dieser Voraussetzung erscheint es als möglich und wünschenswert, daß sich eine leichte Vereinigung zwischen der evangelischen und der katholischen Landwirtschaft vollzieht, trotz des ungeschickten Auffalls der "Kölner Volkszeitung" gegen die "Vändler", die doch schließlich nichts weiter verbrechen haben, als die Interessen der Landwirtschaft in hier und da vielleicht etwas zu temperamentvoller Form zu vertreten.

Gerade die leichten Vorgänge im Reichstage unmittelbar nach der Beendigung der Obstruktion haben den Beweis geliefert, daß gewisse Einflüsse, die ihr Gewicht zu Ungunsten der Landwirtschaft in die Waagschale werfen, bei der Regierung auf Vorwegende Berücksichtigung rechnen dürfen. Die gegenwärtige Handlung des Gelehrtenwurts über die Fleischbeschau und der Münznovelle von Seiten der Regierung bietet einen drastischen Beleg nach dieser Richtung. Die Münznovelle ist von den heraufragendsten bimetallistischen Autoritäten als eines der unmöglichen und schlechtesten begründeten Gesetze, das der Reichstag je beschlossen hat, gekennzeichnet worden: ihre Notwendigkeit und ihr Zweck werden im Volke absolut nicht verstanden, um so weniger, als sie im Geldverkehr offensichtliche Schädigungen für den kleinen Mann im Gefolge hat; indessen — die Münznovelle dient der Durchführung der "reinen" Goldwährung; sie ist aus diesem Grunde ein geheimgebeutes Lieblingstück der kleinen, aber mächtigen Partei, die für die Goldwährung eintritt, und siehe da! Die Regierung legte alle Hebel in Bewegung, um diesen unmöglichen und schlechtesten geplanten Entwurf durchzubringen. Nun die Rechtsseite des Bildes: Die Fleischbeschau sollte nach den Beschlüssen der zweiten Lesung im Reichstage in einer die Interessen der Volksgesundheit und der Landwirtschaft gleichmäßig befriedigenden Weise geregelt werden. Dagegen schlugen alle die mancherlichen Kreise, denen zu Liebe die Regierung die Befreiung der Thaler mit holdem Nachdruck durchzusetzen gewillt war, gewaltigen Widerstand und nunmehr ließ die Regierung wiederum ihren Einfluß gegen die Landwirtschaft in den von der Manchesterpartei gewünschten Richtungen spielen, sodass nur ein kleinem Werke nach zwecklosen Kompromissen zu Stande gebracht werden konnte. Trotzdem hat die Rechte sich nicht zu einer obstruktionellen Haltung hinzuheben, obwohl die Befürchtung dazu nahe genug lag. Das Eine aber ist allerdings nicht zu verhindern, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung die Frage aufwirft, worum denn die Regierung in der Fleischbeschau eine solche unbesiegbare Scheu gezeigt habe, der Landwirtschaft einmal wirklich voll zu ihrem Recht zu verhelfen. Nach der ganzen Sache ist mit Sicherheit anzunehmen, daß in der ländlichen Bevölkerung allgemein diejenige Antwort Gläubern finden wird, welche die "Deutsche Tageszeitung" gibt: "Man fürchtete in Regierungskreisen den Widerstand, den die Gegner machen würden, wenn das Fleischbeschaugeetz so gestaltet worden wäre, wie es eigentlich nach der Ansicht der Kompromitfreunde hätte gestaltet werden müssen."

Es Klingt wie fernes Gewitterrollen, wenn die "Deutsche Tageszeitung" im Anschluß hieran erklärt, die Stimmung in der ländlichen Bevölkerung sei auch ein Imperative, daß sich Geltung zu verschaffen wünsche, je näher die Zeit der Regelung der Handelsverträge herankomme: in dieser Hinsicht seien die evangelische und die katholische Landwirtschaft völlig einig. So kann in der That die Obstruktion wider den Willen ihrer Urheber zu dem Sitz werden, der die schutzbürokratische Weisheit des Reichstags zur Unrechtmäßigkeit zusammenfügt und dadurch für die Neuregelung unserer Handelsbeziehungen das unerlässlichste weite Bollwerk schafft, dessen Industrie und Landwirtschaft gleichmäßig bedient, wenn sie jeden Verlust zur Minimierung ihres nationalwirtschaftlichen Interessen gegenüber den Anforderungen des mancherlei-börsenkapitalistischen Richtung bei den neuen Handelsverträgen erfolgreich zurückweisen und den "Siegen" vom 2. Mai die Grenzen ihre Macht begreiflich machen wollen.

Hugo Borack

Hoflieferant
Seestra. 4, Ecke Zahns.

Neuheiten:

Damen-Oberhemden,
Damen-Cravatten,
Damen-Unterröcke.
Strümpfe u. Unterzeuge.
Imitirte
schwed. Handschuhe.

Carl Tiedemann, Hoflieferant. Gegr. 1833.

Bester Fußbodenanstrich ist

Tiedemann's Bernsteinölbad

mit Farbe; schnell trocknend, nicht nachlebend.

Stärke: Normal 10, Ausstärke 15, Großher. Str. 22.

Stadtmarken.

Zeitung-Adressen:
Nachrichten, Dresden.

Julius Schädlich

Am See 16, part. u. L. Et.

Beleuchtungs-Gegenstände

für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Triumph-Säge

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 26. Mai.

Leipzig. Der dreitägige Delegententag des Verbands reisender Kaufleute wurde heute Abend unter Theilnahme von 600 Personen mit einem Konzert eröffnet.

Rüttberg. Reichstagssitzung. Bis 9 Uhr 50 Min.

Abends wurde geübt für Abstimmung Seiler (kl.) 14.112, für Schriftsteller Siedelius (gr.) 21.120 Stimmen. Einige kleine Landesstimmen stehen noch aus.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung bei sehr lebendigem Haushalt stand zunächst die Vorlage betr. Verlängerung des Handelsabkommen mit England. Abg. Dörmann (kl.) erklärte, keinen Freunden würde die Zustimmung zu der Vorlage bedeutend erleichtert werden, wenn die Regierung sich darüber ausspreche, ob in der nächsten Sitzung dem Haushalt ein neuer Tarifvertrag nicht vorgelegt werden. Staatssekretär Voß (kl.) erklärte: Das vor bisher noch zu keinem endgültigen Abschluß mit England gekommen ist, liegt an den äußeren Verhältnissen. Wir haben selbstverständlich das größte Interesse daran, daß in unseren Handelsbeziehungen zu England ein neuer Tarifvertrag eintrete. Vorberedung für die bevorstehende große handelspolitische Aktion ist das Zustandekommen des Tarifvertrages. Die Vorberedungen sind in weit gediehen, daß ich mit einiger Sicherheit davon kann, daß es möglich sein werde, in der nächsten Sitzung ein neuer Tarifvertrag nebst Bolltarif einzubringen.

Abg. Möller (kl.) äußerte sich anerkennend über die langen Vorberedungen im Reichshaus des Innern. Abg. Böhm (kl.) erklärte, daß es für geboten, die Vorrede des Vertrages auf ein genügendes Maß zurückzuführen. Bisher hatten sich die Verhandlungen doch eigentlich nur auf das Bolltarifschema erfreuen können, nichtsdestoweniger seien bereits Anregungen und Verhandlungen über Tarifverträge erfolgt und zwar ohne daß die Interessenten in der Lage gewesen wären, ihre Anstrengungen auf Grund von ihnen bringenden Materialien geltend zu machen. Um jede bureaukratische Ausgestaltung der betreffenden Vorlagen zu verhindern, sei es jedem möglich, daß der Entwurf, sobald er fertiggestellt ist, der Öffentlichkeit unterbreitet werde.

Staatssekretär Graf Voß (kl.) erklärte: Von einer bureaukratischen Schablone kann nicht die Rede sein. Niemals ist ein Tarifvertrag auf einer Grundlage festgesetzt worden unter Einsicht wirtschaftlicher Interessen aller Nichtungen. Herr Voß braucht nicht bang zu sein, daß wir gemeinsam das Reichshaus des Innern die Wünsche der Interessenten in Bezug auf die Bolltarif kommen, wahllich geben und Wünsche von Interessenten durchdringen ein. Dafür bringen die Interessenten also, daß wir nicht in Unkenntnis über ihre Wünsche bleiben. Selbstverständlich aber können wir ein Tarifvertrag nicht aufstellen ohne daß gleichzeitig die Bolltarifschule erledigt werden. Es läßt sich bei den Verhandlungen über das Schema gar nicht verhindern, daß die Interessenten ihre Wünsche über den Tarif aussprechen. Die Gedanken über die Art der Vorberedung der Tarife tragen den Stempel des Tendenz an der Stirn. Abg. Dr. Baasche (kl.) erläuterte, daß die Vollmacht England und den englischen Kolonien Weisungsbefreiung zu gewähren, auf unbestimmte Zeit gefordert werde, denn wir hätten gar keine Garantien, daß die Kolonien in der Zwischenzeit uns keine Belästigung entziehen. Abg. Böhm (kl.) erklärte: Wir tragen den Vertrag über die Bolltarifschule nicht, sondern den Tarifvertrag über die Bolltarifschule nochmals, daß bei den Verhandlungen über das Schema sich solche über Bolltarif nicht verhindern ließen. Ohne erste Fühlung mit den Sachverständigen ließen sich solche technische Fragen auch gar nicht lösen; wenn die Vorlage die Vollmacht "bis auf Weiteres" erbitte, so liege das daran, daß es nicht zweckmäßig ist, jedes Jahr ganz dieselbe Debatte zu haben. Was die Anstrengungen des Abg. Baasche anlangt, so könne er sich ja wohl vorstellen, daß unter Umständen, wenn gar zu viele englische Kolonien uns die Weisungsbefreiung verlangen, wir uns legen, wie werden wir einen autonomen Tarif auf das ganze englische Weltreich an, aber wir haben jedenfalls Autok. Störungen unserer Handelsbeziehungen mit England zu vermeiden; und wir müßten dann wie ein Kaufmann handeln und uns fragen, auf welche Weise der Saldo für uns vorteilhafter ist. Wir stehen auch, wenn Sie uns die Vollmacht "bis auf Weiteres" ertheilen, andauernd unter Ihrer Kontrolle darüber, welchen Gebrauch wir von der Vollmacht machen. Sie können eben, jedem Augenblick die Vollmacht zurückziehen. — Es folgt jetzt die zweite Lesung der Vorlage, in welcher der Autok. Röhrle-Ratgeberländern, die Vollmacht nicht "bis auf Weiteres", sondern nur bis Ende Juni 1901 zu verlängern, angenommen wird. Ein Vortrag des Abg. Röhrle, gleich die Vorlage in dritter Lesung zu erledigen, steht auf den Widerspruch des Abg. Böhm: Auf den Tag kommt es nicht an, und wenn die Regierung es so eilig gehabt hätte, hätte sie ja die Vorlage nicht gerade bis zum letzten Tag vor Beginn der Sitzungen zu verhindern brauchen. — Das Haus legt dann die Bezeichnung der "Umwälzerichtungs-Novelle" fort mit dem engl. Mantelstück. Es werden hier zunächst zahlreiche Anträge, welche lediglich redaktionelle Bedeutung haben, oder Konsequenzen von Beschlüssen zum Gewerbe-Umfang haben, angenommen, einige sozialdemokratische Anänderungen - Anträge, welche abgelehnt werden. Es folgt dann das "Umfallgeley" für die Land- und Forstwirtschaft. Abg. Richthofen (kl.) beantragt, die in zweiter Lesung angenommene Weisungsbefreiung wieder zu streichen, nach der die Facharbeiter den gewerblichen Nebenbetrieben der Landwirtschaft deren Individualschultheiße anstatt des Vorsitzenden zu Grunde zu legen und. Ein Antrag Röhrle dagegen will die Berechnung nach Individuallöhnen, was für die Facharbeiter, für Förster, Müller, Siegelmacher, Stellmacher etc. anreicht erhalten, ja aber für die sonstigen Arbeiter, welche hauptsächlich in Nebenbetrieben beschäftigt sind, wieder befreien. Der Antrag Röhrle wird angenommen, der Antrag Röhrle abgelehnt. Die übrigen Änderungen sind ohne Belang. Ebenso wird das Baumwoll-Gesetz und das Untertuch-Gesetz für die Saatgäste ohne wesentliche Änderungen angenommen. In der Gemeindabesetzung über die einzelnen Gesetze stimmen die Sozialdemokraten für diejenigen, jedoch, sobald die Annahme einstimmt, erfolgt. Damit schließt die Sitzung. — Nachste Sitzung Mittwoch den 8. Juni, 3 Uhr Nachmittags: Zweite Lesung des